

NomosFormulare

Dr. Reinhard Marx [Hrsg.]

Ausländer- und Asylrecht

Verwaltungsverfahren | Prozess

2. Auflage

Andreas Becher, Rechtsanwalt, Bonn | **Tim W. Kliebe**, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main |
Dr. Reinhard Marx, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main | **Berthold Münch**, Rechtsanwalt,
Heidelberg | **Bernward Ostrop**, LL. M. (London), Rechtsanwalt, Berlin | **Susanne Schröder**,
Rechtsanwältin, Hannover | **Klaus-Peter Stiegeler**, Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Verwaltungsrecht, Freiburg



Nomos

Inhaltsübersicht

Vorwort zur zweiten Auflage	5
Autorenverzeichnis	7
Musterverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	27
Literaturverzeichnis	45
Teil 1 Aufenthaltsrecht	47
§ 1 Ersterteilung eines Aufenthaltstitels	47
A. Visumverfahren	47
I. Beantragung eines Visums	47
II. Ablehnung des beantragten Visums / Verwaltungsstreitverfahren	58
B. Ausnahmen vom Visumverfahren	67
I. Sachverhalt / Lebenslage	67
II. Prüfungsreihenfolge	67
III. Muster: Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis mit Zweckwechsel	68
IV. Erläuterungen	68
V. Fehlerquellen / Haftungsfallen	69
VI. Weitergehende Hinweise	69
C. Statusumwandlung	70
I. Umwandlung eines illegalen Status in einen legalen Status nach §§ 27 ff. AufenthG	70
II. Umwandlung eines illegalen Status in einen legalen Status nach § 25 Abs. 4 und 5 AufenthG	76
§ 2 Verlängerung und Verfestigung eines Aufenthaltstitels	85
A. Verlängerung	85
I. Versäumung des fristgerechten Verlängerungsantrags / vorläufiger Rechtsschutz	85
II. Prüfung der Ersterteilungsvoraussetzungen bei Verlängerung	93
B. Verfestigung / Niederlassungserlaubnis	98
I. Sprachkompetenz und Altfälle	98
II. Altersvorsorge / Ausnahmen	104
III. Unterbrechung des rechtmäßigen Aufenthaltes	108

§ 3 Nachzug	114
A. Ehegattennachzug (§§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 30 AufenthG)	114
I. Eheschließungsfreiheit / Verlöbnis.....	114
II. Zweckprüfung / Grenzen der Ermittlungen.....	120
III. Nachzugsvoraussetzungen (§ 5 Abs. 1, § 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG).....	127
IV. „Scheinehe“ / Rücknahme / Ausweisung / vorläufiger Rechtsschutz.....	132
V. Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft / nachträgliche Befristung nach § 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG / vorläufiger Rechtsschutz.....	139
B. Kindernachzug	146
I. Probleme im Zusammenhang mit der Altersbegrenzung.....	146
II. Verfestigung, Auflösung der familiären Lebensgemeinschaft vor Erreichen der Volljährigkeit / Auszug vor Erreichen der Volljährigkeit.....	151
III. Wegnahme des Passes der Tochter durch den Vater während desurlaubes im Herkunftsland.....	156
C. Aufenthaltserlaubnis des nichtehelichen Elternteils eines Kindes	164
I. Unterscheidung zwischen § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 und § 28 Abs. 1 S. 4 AufenthG.....	164
II. Entsprechung für Elternteil eines nichtdeutschen Kindes, dessen anderer Elternteil über ein verfestigtes Aufenthaltsrecht verfügt (Art. 6 Abs. 1 und 2 GG, § 60 a Abs. AufenthG).....	170
III. Aufenthaltsrechtliche Bedeutung der Vaterschaftsanerkennung und behördlichen Anfechtung.....	175
§ 4 Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit	182
A. Einreise zur Erwerbstätigkeit (§ 18 bis § 21 AufenthG)	182
I. Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG iVm § 27 Beschäftigungsverordnung (BeschV).....	182
II. Aufenthaltstitel zur selbstständigen Erwerbstätigkeit gem. § 21 AufenthG.....	188
B. Beschäftigungserlaubnis nach § 4 Abs. 2 S. 3 AufenthG	192
I. Zugang zum Arbeitsmarkt für Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis zu sonstigen Zwecken.....	192
II. Beschäftigungserlaubnis für einen geduldeten Ausländer.....	201
§ 5 Ausweisung / Verlust EU-Freizügigkeitsrecht	210
A. Ausweisung nach §§ 53 bis 56 AufenthG	210
I. Sachverhalt / Lebenslage.....	210
II. Prüfungsreihenfolge.....	212
III. Muster.....	219

IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	256
V. Weiterführende Hinweise	259
B. Verlust des Freizügigkeitsrecht bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen	268
I. Sachverhalt / Lebenslage	268
II. Prüfungsreihenfolge	269
III. Muster	272
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	280
V. Weiterführende Hinweise	280
C. Besonderer Ausweisungsschutz für türkische Arbeitnehmer nach dem ARB 1/80 ...	282
I. Sachverhalt / Lebenslage	282
II. Prüfungsreihenfolge	283
III. Muster	283
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	291
V. Weiterführende Hinweise	291
§ 6 Befristung	292
A. Befristung Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 AufenthG	292
I. Sachverhalt / Lebenslage	292
II. Prüfungsreihenfolge	293
III. Muster	300
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	306
V. Weiterführende Hinweise	307
B. Befristung Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 7 Abs. 2 S. 2 FreizügG/EU bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen	308
I. Sachverhalt / Lebenslage	308
II. Prüfungsreihenfolge	308
III. Muster	309
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	313
V. Weiterführende Hinweise	313
Teil 2 Einbürgerungsrecht	315
§ 7 Rechtsanspruch (§ 10 StAG)	315
A. Anrechnungsfähige Aufenthaltszeiten (§ 10 Abs. 1 S. 1 StAG)	315
I. Sachverhalt / Lebenslage	315
II. Prüfungsreihenfolge	315

III. Muster: Stellungnahme an die Einbürgerungsbehörde	320
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	321
V. Weiterführende Hinweise	321
B. Sprachkenntnisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 StAG)	326
I. Sachverhalt / Lebenslage	326
II. Prüfungsreihenfolge	327
III. Muster: Widerspruchsschreiben an die Einbürgerungsbehörde	331
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	333
V. Weiterführende Hinweise, Altfälle	333
C. Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StAG)	333
I. Sachverhalt / Lebenslage	333
II. Prüfungsreihenfolge	334
III. Muster: Klage auf Verpflichtung zur Erteilung einer Einbürgerungszusicherung	339
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	341
V. Weiterführende Hinweise	342
D. Einbürgerungszusicherung / nachträgliche einbürgerungsschädliche Entwicklungen (Lebensunterhalt)	344
I. Sachverhalt / Lebenslage	344
II. Prüfungsreihenfolge	344
III. Muster: Klage auf Feststellung des Bestandes der Einbürgerungszusicherung ..	347
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	349
V. Weiterführende Hinweise	349
E. Mehrstaatigkeit / Entlassungsverfahren (§§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, 12 StAG)	351
I. Sachverhalt / Lebenslage	351
II. Prüfungsreihenfolge	352
III. Muster: Schreiben an Mandanten zur isolierten Einbürgerung ihrer Tochter türkischer Staatsangehörigkeit	356
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	360
V. Weiterführende Hinweise	360
F. Miteinzubürgernder Ehegatte und Kinder / Straftaten / Altfälle (§ 10 Abs. 2, Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 6, § 40 c StAG)	362
I. Sachverhalt / Lebenslage	362
II. Prüfungsreihenfolge	362
III. Muster: Klage auf Verpflichtung zur Miteinbürgerung	367

IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	370
V. Weiterführende Hinweise	370
§ 8 Ermessenseinbürgerung und Erwerb der Staatsangehörigkeit nach ius soli	373
A. Ermessenseinbürgerung (§§ 8, 9 StAG)	373
I. Anrechnungsfähige Aufenthaltszeiten	373
II. Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse: Sprachkenntnisse	383
III. Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung	389
IV. Deutschverheiratete Einbürgerungsbewerber (§ 9 StAG) / Miteinbürgerung eines Kindes (§ 8 StAG)	397
V. Hinnahme von Mehrstaatigkeit	408
B. Staatsangehörigkeit durch Geburt bei ausländischen Eltern (§ 4 Abs. 3 S. 1 StAG)	414
I. Erwerb	414
II. Verlust	420
C. Rücknahme (§ 35 StAG)	424
I. Sachverhalt / Lebenslage	424
II. Prüfungsreihenfolge	424
III. Besondere Beratungshinweise	429
IV. Muster: Schreiben an die Einbürgerungsbehörde	429
V. Fehlerquellen / Haftungsfallen	431
VI. Weiterführende Hinweise	431
Teil 3 Asylrecht	435
§ 9 Antrag auf Asyl (§ 13 AsylVfG)	435
A. Sachverhalt / Lebenslage	435
B. Prüfungsreihenfolge	435
I. Erste Beratung des Mandanten	435
II. Akte anlegen	436
III. Vorschuss	437
IV. Vorbereitung der Asylbegründung	438
V. Vorbereitung der persönlichen Anhörung (§ 25 AsylVfG)	438
C. Muster	444
I. Antrag	444
II. Begründung des Antrags	444

D. Fehlerquellen / Haftungsfallen	456
E. Weiterführende Hinweise	456
I. Zum Inhalt und zur Reichweite der asylverfahrensrechtlichen Meldepflicht	456
II. Flughafenverfahren (§ 18 a AsylVfG)	458
III. Verteilungsverfahren	460
IV. Verfahrensrechtliche Funktion des Verfolgungsvorbringens	462
V. Zusammenhangsklausel (Art. 9 Abs. 3 RL 2004/83/EG)	466
§ 10 Klage und Eilrechtsschutzantrag wegen Asylanerkennung, Flüchtlingsstatus und subsidiärer Schutz	470
A. Sachverhalt / Lebenslage	470
B. Prüfungsreihenfolge	470
I. Prüfung der Rechtsmittelfristen	470
II. Klageeinreichung und Stellung des Eilrechtsschutzantrags	473
III. Formelle Erfordernisse der Klageeinreichung und Antragstellung	478
IV. Begründungsfrist	481
C. Muster	488
I. Muster: Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	488
II. Begründung des Klage- und Eilrechtsschutzantrags	489
D. Fehlerquellen / Haftungsfallen	491
I. Erhöhte anwaltliche Sorgfaltspflicht bei telefonischer Kontakthanbahnung	491
II. Besonders sorgfältige Überprüfung des Zustellungsdatums	491
III. Anwaltliche Sorgfaltspflichten bei der Diktatausführung und Ausgangskontrolle	492
IV. Überflüssige Anträge	493
V. Bei qualifizierter Antragsablehnung stets Klage und Eilrechtsschutz binnen Wochenfrist	493
VI. Wenn Verlängerung der Begründungsfrist offen, stets Eilrechtsschutzantrag binnen Wochenfrist begründen	493
VII. Überprüfung der gerichtlichen Eingangsverfügung	494
E. Weiterführende Hinweise	495
I. Erläuterungen zum Muster Klageerhebung und Eilrechtsschutzantrag	495
II. Erläuterungen zur Begründung der Klage wie des Eilrechtsschutzantrags	499
III. Bedenken gegen die Behandlung von Art. 1 F und Art. 33 Abs. 2 GFK in Schnellverfahren	503
IV. Voraussetzungen des Art. 33 Abs. 2 GFK (§ 60 Abs. 8 S. 1 AufenthG)	505

§ 11 Klage und Eilrechtsschutzantrag wegen Nichtdurchführung eines weiteren Asylverfahrens (Asylfolgeantrag nach § 71 AsylVfG)	507
A. Sachverhalt / Lebenslage	507
B. Prüfungsreihenfolge	507
I. Prüfung der Rechtsmittelfristen	507
II. Klageeinreichung und Stellung des Eilrechtsschutzantrags	508
C. Muster einschließlich Begründung / Argumentationsmuster	515
I. Muster: Klageantrag wegen Flüchtlings- und subsidiärem Schutz	515
II. Muster: Begründung der Klage auf Verpflichtung zur Gewährung von Flüchtlings- und subsidiärem Schutz	516
III. Muster: Eilrechtsschutzantrag	517
IV. Begründung des Eilrechtsschutzantrags	518
D. Fehlerquellen / Haftungsfallen	519
I. Persönliche Vorsprache bei der zuständigen Außenstelle	519
II. Besondere Begründungspflicht zur zwischenzeitlichen Ausreise	519
III. Kein Folgeantrag anstelle des Abänderungsantrags	520
E. Weiterführende Hinweise	521
I. Erläuterungen zum Klageantrags-Muster	521
II. Erläuterungen zur Klagebegründung	523
III. Erläuterungen zum Eilrechtsschutzantrag	538
IV. Zweistufigkeit des Verwaltungsverfahrens beim Folgeantrag	541
V. Neue Beweismittel (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG)	543
§ 12 Beweisantrag im Asylprozess	549
A. Sachverhalt / Lebenslage	549
B. Prüfungsreihenfolge	550
I. Fristenprüfung	550
II. Mandatierung	550
III. Vorbereitung mündliche Verhandlung	550
IV. Vorberechnung mit Mandanten	553
C. Muster	553
D. Mündliche Verhandlung	557
E. Beweisantrag	562
I. Allgemeines	562
II. Förmliche Antragstellung in der mündlichen Verhandlung	563

III. Keine hilfsweise Antragstellung	564
IV. Inhaltliche Anforderungen an den Beweisantrag	565
V. Fehlerquellen beim Beweisantrag im Asylprozess	571
F. Erläuterungen zum Muster „Beweisantrag zur Einholung eines Sachverständigengutachtens“ – Darlegung der Tatsachenfrage, über die Beweis erhoben werden soll	573
I. Präzise Formulierung der Beweisfrage	573
II. Beweisantrag erstmalige Einholung eines Sachverständigengutachtens	573
III. Beweisantrag auf Einholung eines weiteren Gutachtens	574
IV. Ermessensverdichtung	574
V. Darlegung der veränderten Sachlage	575
VI. Darlegung der fehlenden eigenen Sachkunde des Verwaltungsgerichts	576
VII. Ordnungsgemäße Einführung der Erkenntnisse und Rügeerfordernis	576
VIII. Antrag auf Ladung des Sachverständigen	577
G. Echtheitsüberprüfung von Urkunden (§ 96 Abs. 1 S. 2 VwGO, §§ 438 ZPO)	577
I. Anforderungen an Beweisantrag	578
II. Muster: Beweisantrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens zur Echtheitsprüfung einer Urkunde	579
H. Zeugenbeweis (§ 96 Abs. 1 S. 2 VwGO, §§ 373-401 ZPO)	579
I. Funktion des Zeugenbeweis im Asylprozess	579
II. Geeignetheit des Zeugenbeweises	580
III. Vernehmung eines im Ausland lebenden Zeugen	580
IV. Unerreichbarkeit des Zeugen	581
V. Muster: Beweisantrag auf Zeugenvernehmung	581
VI. Weiterführende Hinweise	582
§ 13 Zulassungsantrag (§ 78 Abs. 4 AsylVfG)	583
A. Gehörsrüge (§ 78 Abs. 3 Nr. 3 AsylVfG iVm § 138 Nr. 3 VwGO)	583
I. Allgemeines	583
II. Sachverhalt / Lebenslage	583
B. Prüfungsreihenfolge	584
I. Zulassungsantrag § 78 Abs. 4 AsylVfG	584
II. Frist	584
III. Anwaltszwang	585
IV. Antragstellung beim Verwaltungsgericht	585
V. Gehörsrüge	585

VI. Voraussetzungen der Gehörrüge	586
VII. Muster	587
C. Fehlerquellen	593
I. Allgemeine Funktion und Fallstricke der Zulassungsrügen	593
II. Rügeverlust	593
III. Unklare Darlegung	593
IV. Fehler bei der Tatsachenfeststellung oder Beweiswürdigung	594
V. Mehrere tragende Gründe	594
D. Weiterführende Hinweise	594
I. Unterschied zwischen § 78 Abs. 3 und § 124 Abs. 2 VwGO	594
II. Nicht ordnungsgemäß eingeführte Erkenntnismittel	595
E. Grundsatzrüge (§ 78 Abs. 3 Nr. 1 AsylVfG)	596
I. Sachverhalt / Lebenslage	596
II. Prüfungsreihenfolge	597
III. Muster: Zulassungsantrag Grundsatzrüge	597
F. Fehlerquellen	604
I. Einzelfallwürdigung statt Grundsatzrüge	604
II. Überholtes, auslaufendes oder ausgelaufenes Recht	604
III. Ist die Grundsatzfrage tragend?	604
G. Weiterführende Hinweise	605
I. Bezeichnung der Grundsatzfrage	605
II. Darlegung der Klärungsbedürftigkeit der Grundsatzfrage	607
III. Darlegung der Verallgemeinerungsfähigkeit der Grundsatzfrage	608
IV. Darlegung der Entscheidungserheblichkeit	608
V. Grundsätzliche Bedeutung durch Divergenz	609
Stichwortverzeichnis	611